



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

421 (13.9.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-212893](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-212893)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verkaufspreis: In Mannheim a. Umgehung in der laufenden Woche Nr. 100000. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Befüllung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisveränderungen zu bezahlen. Postamt Nr. 17000 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim L. 1. — Geschäftsstellen: Heidelberg, Waldbrunn, a. S. — Geschäftsstellen: 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Verlag: Mannheimer General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile Nr. 100000. Restbetrag Nr. 400000. Allen anderen zum Tarif. Anzeigenpreis: Montagblatt vom 1. bis 4. Uhr, Abendsblatt vom 5. bis 7. Uhr. Die Anzeigen zu bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgab. wird keine Verantwortung übernommen. Einzelne, Betriebsänderung, ufm. berechtigt, zu einem Preisnachlass für ausgef. od. befrist. Ausgab. od. f. versch. Aufnahmen. Anzeig. Ruffr. d. Fernspr. od. Sendeb. Gerichte. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Deutscher Privatbesitz für Reparationszahlungen

Neues Entgegenkommen Deutschlands — „Offenheit ist besser als Illusion“ — Frankreich hat die letzte Verantwortung

Das deutsche Ziel

Berlin, 13. Sept. (Von uns. Berliner Büro.) Die gestrige Rede im außerordentlichen Reichstagesparlament und ausweitung der Presseberichte hat keine Aufklärung darüber gebracht, wie weit die bisherigen Bemühungen der Reichsregierung zur Abmilderung einer Verständigung im Ruhrkonflikt vorwärts gekommen sind. Man muß daher wohl annehmen, daß die Besprechung in der Wilhelmstraße über das Stadium der „Fähigungnahme“ noch nicht hinaus gediehen sind und daß Paris zunächst noch eine abwartende Haltung einnimmt, aus der sich folgern läßt, daß die in die Verhandlungen eingetretenen wird die französische Regierung von der deutschen Seite zu Sicherungen sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der politischen Seite hin verlangen.

Diesem Verlangen hat Dr. Stresemann auf dem gestrigen Empfangsabend beim Reichspräsidenten, an dem u. a. die meisten Mitglieder des Kabinetts, der preussische Ministerpräsident, sowie zahlreiche Staatsmänner und höhere Beamten teilnahmen, Nachdruck zu tragen versucht. Er hat zunächst nach einleitenden Mitteilungen über den Stand der Währungsreform, Deutschlands Angebot auf wirtschaftlichem Gebiet dahin spezialisiert, daß die Besprechung des französischen Gläubigers Obligationen geschaffen werden sollen, die auf sicheren Pfändern beruhen und die die deutsche Privatwirtschaft, die nach dem Versailler Vertrag keineswegs zu dieser Rolle verpflichtet ist, Garantien bieten soll. Würde dieser Plan einer „Treuhändergesellschaft“ — und die Spitzenvertretungen der deutschen Wirtschaft haben ihre Bereitwilligkeit, die erforderlichen Leistungen aufzubringen, dem Kanzler kundgegeben — verwirklicht, so könnte Frankreich ohne Zweifel binnen kurzem und fortlaufend in den Besitz flüssiger Geldmittel gelangen.

Über Poincaré will mehr als nur wirtschaftliche Erfolge, er will politische Erfolge und diese in erster Linie seinem Lande als Ergebnis des Ruhrunternehmens aufweisen. Und ob in diesem Sinne die weitgehenden Zugeständnisse Dr. Stresemanns bei Poincaré eine, wie man in der Umgebung des Kanzlers hofft, günstige Aufnahme finden werden, scheint uns gerade nach den letzten Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten doch sehr fraglich. Von einer Seite, die wir für gut unterrichtet halten müssen, hat gestern die Versicherung, daß gewisse Abhaltungsstellen für eine Billigung Poincarés nach dieser Richtung hin vorlägen. Die möchten trösten, bis zum Beweis des Gegenteils ernstlich bezweifeln, daß Poincaré geneigt sein wird, gerade in der vorliegenden Frage eine Konzession zu machen. Die Frage, ob dem Kabinet Cuno zugestanden werden soll, daß Verhandlungen erst nach Räumung des Ruhrgebietes stattfinden sollen, läßt sich in der unglücklichen Lage, in der wir an den Verhandlungen zu trennen uns anfinden, nicht aufrecht erhalten. Wogegen sich aber der Kanzler und mit völligem Recht noch wehren sträubt, das ist die Forderung, daß wir vor Beginn der Verhandlungen die Waffen strecken sollen. Das wäre die Kapitulation, wäre die bedingungslose Unterwerfung unter das Diktat der Entente. Das Ziel der deutschen Politik aber ist: In einer für uns ehrenvollen Form, wenn auch unter schwersten materiellen Opfern den Ruhrkonflikt aus der Welt zu schaffen.

Nach der gestrigen Kanzlerrede bleibt auf deutscher Seite grundsätzlich nicht mehr sehr viel zu sagen übrig. Der Kanzler hat Poincaré geklärt, was er beabsichtigt, die Pistole auf die Brust gesetzt. Poincaré hat erklärt: Bezahle oder wir bleiben. Dr. Stresemann erklärte: Wir wollen bezahlen, geht uns aber Sicherungen, daß ihr an Rhein und Ruhr Anzessionen nicht beabsichtigt.

Die Rede des Reichskanzlers

Die Rede des Reichskanzlers, nachdem der Reichspräsident, Ministerialdirektor K. A. L., dem Kanzler, den Ministern und den Herren von der Presse einen freundlichen Willkommensakt entboten hatte. Der erste Teil der Rede befaßte sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage. Nachdem Dr. Stresemann insbesondere die Maßnahmen besprochen hatte, die getroffen worden sind, um dem Währungsverfall entgegenzutreten, fuhr er fort:

Aber auch positive Mittel, wie die Hebung des Verfalls der Währung und die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Heilung.

Offenheit ist besser als Illusionen

und deshalb wollen wir es offen aussprechen: Ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen.

Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantrittes an die Lösung des Ruhrkonfliktes zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen könnte. Machtvollkommen war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien.

Eine interessante historische Parallele hat der bayerische Kronprinz in München anlässlich einer Zusammenkunft eines dortigen Offiziersverbandes gezogen. Mit vollem Recht betonte er, daß Selbstvertrauen nicht Selbstüberhebung sein dürfe. Er erinnerte daran, daß Friedrich der Große sich die Maximilianische Reichsmur gemacht habe, daß dem Arica zur Seite stets Verhandlungen mit den Feinden lausen müßten, ebenso wie er den Anspruch des großen Teufentönnens erklärte: „Bei widrigen Winden muß man die Segel reizen!“

Den denselben Gesichtspunkten ausgehend, hat die Regierung gehandelt. Sie würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt so weit wie möglich abblenden könnte. Aber die bisherige Fühlerpolitik zeigt deutlich die bestehenden Schwierigkeiten.

Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Rheinland und der Wiedergewinn der Freiheit des Ruhrgebietes

Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgesprochen, er zöge die politischen Sicherheiten, die Frankreich in Händen habe, den schönsten theoretischen Rechten vor, er beabsichtige nicht, Pfänder gegen allgemeine Garantien auszutauschen und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, die der Versailler Vertrag den Alliierten auf den Gesamtebesitz des Reiches und seiner Länder gebe. Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag hätte für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder, was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die unmittelbare Heranziehung des Privatbesitzes

und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese Heranziehung des Privatbesitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies derzeit nicht sind. Wenn auf Reichs- und Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhändergesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubigen beteiligt werden können. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhändergesellschaft zufließen. Diese wäre in der Lage, aufgrund der Hypotheken, und der Zinserträge durch Ausgabe von Obligationen, Anleihen auszunehmen.

Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären. Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Leistung; sie ist frei von jeder Zweideutigkeit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite angeforderte Forderung für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt wäre. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederverfügung Deutschlands über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und in Rheinland die alten Rechte wieder hergestellt werden.

Gibt man uns die Sicherheit, daß Jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wieder gegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wieder zuzugewöhnen.

Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung. Frankreich hat durch den Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Anzessionen beabsichtigt, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenkt. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Übereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen und wir sind davon überzeugt, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird.

Für uns erhebt sich nun die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugewiesene Belastung tragen könne, Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden. Aber ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinet von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird. Wenn es um die Entscheidung geht zwischen Freiheit des Landes oder Besitz des Einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die ganze Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt als jene ostpreussische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Wahrung einer großen Kriegsentfaltung ermöglichte und die 100 Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeiten zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel väterländischer Pflichterfüllung gegeben hat. In der von mir vorhin erwähnten Rede des Kronprinzen Rupprecht findet sich der gute Satz: „Es handelt sich jetzt nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Land“. Es handelt sich darüber hinaus auch nicht um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das Leben und Sterben des deutschen Volkes.

Jedem eine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt aus beantworten kann. Jedenfalls ist sie notwendig.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870 und 71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind und hat mir empfohlen, die Korrespondenz von Thiers und dem Grafen Saint-Basile mit dem Generalfeldmarschall von Montenuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist die Korrespondenz wohl bekannt und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon

zeugt, daß Deutschland als okkupierende Macht nach einem gewonnenen Krieg sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderwohnen von Nationen auch die Schanung der berechtigten Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen in sich trägt.

Graf Saint-Basile schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unter dem 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frontreich gegenüber loben müsse, der ihm von seiner Besinnung mehr als eine Probe gegeben habe und der unter starkem Druck seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Barackenlagern untergebracht hätte, um die französische Bevölkerung zu schonen. Dem deutschen Generalfeldmarschall gebührt, wie Graf Saint-Basile in einem anderen Brief vom 23. September 1873 berichtet, eine Seite aufrichtiger Dankbarkeit in den französischen Annalen. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Kriege tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin, de Contant-Byron, zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühe, der Verheerung des Krieges die Fera des Friedens folgen zu lassen. Bei der Antrittsaudienz des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen fiel die Aeußerung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende. Jetzt gilt es den Frieden zu erhalten.“ Man will den Frieden, so klingt es aus den Berichten des Botschafters nach Paris wieder, und von dem Fürsten Bismarck sagt Thiers in einem Brief an den französischen Botschafter mit Recht, daß große Götter stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen, das bei gebotener Gelegenheit zutage tritt.

Und wenige Tage darauf legt er diesen Gedanken über die damalige Politik des deutschen Reichskanzlers fort mit den Worten: „Danken Sie Herrn von Bismarck, da er auf unsere Wünsche eingegangen ist.“ Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der wesentlichen

Beschwichtigung der nationalen Leidenschaften

als der besten Garantie für den Frieden. Und ein letztes Zitat aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister de Remusat an den Botschafter in Berlin: „Wir werden nun, soweit wie möglich, in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe eintreten lassen, und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben, daß die Räumung des Gebietes erst den Frieden vollenden und befestigen werde.“

Die Okkupation ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges. Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Krieg auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenüber steht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hände heute mehr als je das Geschick Frankreichs liegt und von denen die Ruhe und die Befriedung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu vollenden und den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für einen wahren Frieden zu geben.

Die Rede des Kanzlers, die vielfach von Zustimmungsaussagen unterbrochen wurde, wurde mit förmlichem Beifall und Handclatschen aufgenommen. Weitere Reden wurden nicht gehalten.

Berliner Pressfestimmen

Die Rede des Reichskanzlers wird vorerst nur in einem Teil der Morgenblätter ausführlich besprochen, während die übrigen Zeitungen sich ihre Äußerungen für heute abend vorbehalten. Die deutschen nationalen Blätter, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ stimmen den Ausführungen des Kanzlers über das Produktionsproblem zu, während für hinsichtlich seiner Ausführungen über die Währungsfrage gewisse Bedenken vorbringen. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einer höchst bedenklichen Haltung, drückt aber die Hoffnung aus, daß hier vielleicht noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Die mit Spannung erwarteten Ausführungen über das Verhältnis zu Frankreich bezeichnen in der deutschen nationalen Presse ardem Optimismus.

Zeichne Wertbeständige Anleihe
des Deutschen Reiches.
Zeichnungspreis 100%, bei
Bezugsrückzahlung 95%.
Das feste Zins 1 Dollar.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den in der Liste angegebenen Stellen sowie bei allen dort Terminierten öffentlichen Banken, Juweliers, Couriers und Kreditanstalten bewirkt werden.

ATELIER RUDOLF WOLFE

Die „Arenasiana“ schreibt: Dr. Stresemann will trotz aller... Erfahrungen der Erfüllungspolitik auch das Letzte, was das deutsche Volk noch begehrt, in das bodenlose Tal unserer Opfer werfen.

Unvollständige Auktionen findet die Rede des Kanzlers in der Presse der Koalitionsparteien. Das „A. L.“ unterstreicht die Bedeutung der Rede, die durch die Unvollständigkeit in Berlin...

Die „A. L.“ führt ihr Urteil in folgenden Worten zusammen: Die große Rede des Reichskanzlers am 12. September in Berlin...

Der „Vorwärts“, der die Politik Stresemanns mit den Worten kennzeichnet: „Deutschland kapituliert nicht, um nachher zu verhandeln, sondern es verhandelt, um nicht zu kapitulieren“, wendet sich mit folgenden Worten an die Adresse Frankreichs...

Die Stimmung auf der andern Seite

Die Anwesenheit des Vorsitzenden des alliierten Garantien-Komitees in Berlin, Prof. Haguenin in Paris, wird mit einem Geheimnis umgeben. Es heißt aber, daß er in offizieller Sendung in Paris sei...

Nach dem „Journal des Debats“ sollen die Aussichten einer deutsch-französischen Fühlungnahme zur Zeit nicht ungünstig sein. Frankreich habe kein Interesse daran, die Verhandlungen zu erschweren...

Willet, der in der letzten Zeit die Ruhrpolitik fröhlich unterstützte, wagt in „Paris Revi“ vor dem Glauben, daß Deutschland bedingungslos kapitulieren wolle...

Auch das „Echo National“ macht gegen Boisieres Politik Opposition. Die Zeitung wehrt auf die geschickte Politik Stresemanns hin...

Zuschreibung der Verantwortung an Amerika?

„United Press“ veröffentlicht nach einer Drohung der „A. L.“ aus London folgende beachtenswerte Meldung aus Washington: In hohen Regierungskreisen ist man darüber unterrichtet, daß einige europäische Staatsmänner in der nächsten Zeit versuchen werden, die Vereinigten Staaten für den Erfolg oder Mißerfolg der Reparationsverhandlungen verantwortlich zu machen...

Beitrag des Reichsblätters, jetzt muß es mit Mühe auszuhalten. Was hilft alle Welt? Was Entschlüsse des Hauses, indem wir fern von dem Land leben, wenn wir nicht, ist's nur da, alsdann mit Mut auszuhalten.

Klopslock.

Kapellmeister Lert an das Nationaltheater Mannheim berufen

Die Intendant des Nationaltheaters teilt mit: Die Theaterkommission hat Kapellmeister Richard Lert vom Städt. Opern- und Schauspielhaus Hannover zum Nachfolger von Erich Kleiber gewählt.

Unser Wunsch ist, daß damit kein Fehlschritt getan worden sein möge. Wir stellen aber fest, daß diese Entscheidung, man kann wohl sagen, im Gegensatz zu der ganzen sachmännlichen Reifeität Mannheims getroffen worden ist, die den jüngeren Georg Zell als die maßvollste stärkere Persönlichkeit gewertet hat...

Nach dieser Entscheidung bedürften wir aber, daß die Frage der Berufung des Intendanten, die von maßgebender städtischer Stelle geradezu verschleppt wird, uns Anlaß zu größter Beunruhigung gibt. Wenn, wie man hört, die Zahl der Bewerber, die sich mit Recht um einen derartigen Posten bewerben können, sehr gering ist (wer wundert sich übrigens bei den bekannten Mannheimer Verhältnissen darüber?), so muß von der Stadt oder der Theaterkommission endlich die Initiative ergriffen werden...

Montag bereits begonnen haben. Wenn diese Besprechungen in den wichtigsten Punkten zu einer Vereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien führe, so sollen die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, zwei Schritte zu unternehmen: 1. Deutschland finanziell zu unterstützen. 2. Ihre Schuldenansprüche gegenüber den Alliierten abzugeben.

Wenn die Vereinigten Staaten dies ablehnen, so soll ihnen die Verantwortung dafür zugeschoben werden, daß die Gesundung des europäischen Wirtschaftslebens für absehbare Zeit unmöglich ist.

Die Meldung klingt vorerst noch rechtlich reserviert, wenn auch ihr Kern dem entspricht, was auf der Seite der Verunft liegt. Nicht uninteressant ist allerdings, daß auch die „New York Times“ einen längeren Artikel veröffentlicht, nach dem aus New Yorker finanziellen Kreisen verlautet, daß eine Anleihe von einer Milliarde Dollar für die Rettung Deutschlands vor dem Zusammenbruch eines hauptsächlichsten Gegenstand der internationalen Bankarbeit bilden solle...

Unter der Fremdherrschaft

Der neuen Befehlungen?

Berlin, 13. Sept. (Von unsem. Berl. Büro.) Dem B. L. wird aus Münster gemeldet: Es bewegen sich dauernd französische Truppentransporte nach der Dikarenze des besetzten Gebietes, besonders in nordöstlicher Richtung. In der Bevölkerung wird inselgesessen mit neuen Befehlungen in der Richtung Hamm-Münster geredet.

Gestern abend besahen die Franzosen als Sanktion für die vom Vize der Wippe angeklagt auf einen französischen Posten abgegebenen Schüsse die Ortschaften Bork und Binnun, wo das Amtshaus, der Bahnhof und die Postgebäude besetzt wurden. Der Ort wurde verhehrt und abgebrannt. Die Orte wurden nach Borken durchsucht.

Der Milliardenraub

Am 3. September vormittags erließen unter der Führung eines belgischen Offiziers in dem vom Publikum nicht besetzten Geschäftssaal der Reichsbank die Duisburger eine große Plünderung, die unter lauem Ruf „Hände hoch“ das gesamte Personal zusammentrieb und den Vorstandsbeamten lösterte. Gleichzeitig wurde die im Keller befindliche Druckerei überfallen und deren Personal gefesselt genommen...

Am 3. September wurden bei der Reichsbankniederstelle Duisburg-Meiderich 25 019 500 000, bei der Nebenstelle Duisburg-Ruhrort 184 607 200 000, bei der Nebenstelle Homberg 2 081 878 000 in östlicher Weise weggenommen.

Am 3. September, an dem allerwärts systematische Verhaftungen in dem von den Belgiern besetzten Gebiet stattfanden, ließ die belgische Besatzungsbehörde weiterhin, gleichzeitig bei der Reichsbankniederstelle Aachen und den nahegeordneten Nebenstellen Gscheid, Jülich und Stolberg durch Beamte der „Surre Militaire“ die Kassenbestände wegnehmen. Es fielen den Belgiern in die Hände: 1. in Aachen 38 469 150 000, 2. in Gscheid 122 351 900 000, 3. in Jülich 87 586 750 000, 4. in Stolberg 16 488 000 000, insgesamt 254 895 800 000. Die Requisitionsbefehle lauten überall über je 500 Millionen für die Bedürfnisse der Armee.

Ihre „Gerechtigkeit“

Das französische Kriegsgericht in Witten verurteilte den 87-jährigen Kaufmann Albert in einer Schamungsanwesenheit zu drei Milliarden Geldstrafe, obwohl er absolut nachweislich, daß ihm die Sache vollkommen unbekannt sei. Die übrigen Mitangeklagten wurden zu höheren Freiheits- und Geldstrafen verurteilt.

Ein kommunistischer Schlingel der Belgier

Nach einer Meldung des Kölner Korrespondenten der „Times“ an sein Blatt, hat sich in der belgischen Zone folgender Zwischenfall ereignet: Auf Befehl der belgischen Besatzungsbehörde hatte die deutsche Polizei drei kommunistische Kaitatoren, die ausgewiesen werden sollten, bei Freuden verhaftet. Später erließen vor der Polizeistation Hunderte von Menschen, die die Freilassung der Kommunisten verlangten. Die Lage wurde so bedrohlich, daß man polizeiliche Verhaftungen aus Rücksicht auf die öffentliche Ruhe erließen, traten mehrere belgische Offiziere mit einem Auto bei der Polizeistation ein und nahmen die Kommunisten in ihren Booten an, worauf sie mit ihnen in die belgische Zone zurückführten. Die Belgier gaben an, daß einer der Verhafteten in französisch-belgischen Diensten stehe.

Die Reichsindizes sind in der Vorwoche um 17,7 Prozent gestiegen.

Der hüringische Landtag hat sich am 12. September verlegt. Man hofft, den Wahlkampf umgehen zu können und sucht eine Verständigung der Parteien im Sinne der großen Koalition.

Regelarbeit einen ganz großen Erfolg errangen hat, sich dort für ewig geliebt hat, bleibt noch festzuhalten. Jedenfalls, das eine ist sicher: eine weitere Verschleppung der Innenministerfrage bedeutet eine große Gefahr für das Theater, schädigt das Ansehen und gefährdet das künstlerische Niveau. Insbesondere legen wir die Verantwortung für das Schauspiel, das nun, nach Berufung eines neuen Kapellmeisters, der das Bedürfnis hat sich durchzusetzen, mit aller Kraft durchgesetzt werden muß, das Stiefkind des Theaters zu werden!

Kunst und Wissenschaft

Ludwig Fulda entseigt. Ludwig Fulda hat die Nachricht erhalten, daß die italienische Regierung seine in Karersee bei Bogen gelegene Behausung enteignet hat. Alle Einrichtungsgegenstände, die Bilder, die Bücher und Möbel sind mit entzogen worden. Begrüßend wird die Wegnahme des Fuldaschen Hauses damit, daß der Wert des Grundstücks 50 000 Lire betrage, also unter das Enteignungsgesetz falle, und daß das Karersee ein strategischer Punkt sei. Eine im Jahre 1922 von der italienischen Regierung vorgenommene Schätzung hat damals nur einen Wert von 45 000 Lire ergeben. Danach wäre Fulda von der Wegnahme seines Eigentums rechtlich also verschont. Das kleine Haus am Karersee hat Fulda 1907 bauen lassen. Wenn man mit diesem dramatischen Vorhaben unser Verhältnis zur italienischen Kunst und zu italienischen Künstlern verhält, so muß man sagen, daß die Rücksichtslosigkeit der italienischen Regierung geradezu unbegreiflich erscheint. Man braucht nur an die Dante-Gebirgen im vorigen Jahre zu denken, oder daran, daß wir moderne italienische Opern in unseren Theatern führen und italienische Sänger und Kapellmeister mit bevorzugter Wärme aufnehmen. Es ist unbedingte Pflicht der italienischen Kulturellen und besonders der Künstler für den deutschen Dichter einzutreten und zu veranlassen, daß ihm kein wider jedes Recht weggenommenes Besitztum zurückerstattet wird.

Geheimrat Koffels 70. Geburtstag. Am 10. September feiert der Heidelberger Physiologe, Geheimrat Koffel, seinen 70. Geburtstag. Da hiermit, trotz seiner erstrahlenden geistigen und körperlichen Frische seiner öffentlichen Betätigung ein Ziel gesetzt wird, ist es wohl gestattet, mit einigen Worten ein Bild dieses hochbedeutenden Gelehrten zu entwerfen. Alfred Koffel ist 1853 als Sohn des preussischen Generalkonsul und Großkaufmanns H. Koffel in Kassel geboren, absolvierte das Gymnasium, studierte erst in seiner Vaterstadt und dann in Straßburg Medizin und habilitierte sich dort 1881 bei Hoppe-Seyler. Schon 1883 wurde er Abteilungsleiter für die physiologische Chemie an der Berliner Universität, dann Ordinarius für Physiologie in Würzburg und im Jahr 1901 Ordinarius und Leiter des physiologischen Instituts in Heidelberg. Koffels wissen-

Das Erdbeben in Japan

Die japanische Botschaft in London veröffentlicht abschließende Ziffern über das Erdbeben, wonach in Tokio 32 000 Menschen getötet und 3161 Gebäude, das sind 71 v. H., aller Baulichkeiten zerstört worden seien und 1 356 000 Menschen, das sind 67 v. H. der Bevölkerung der Hauptstadt, obdachlos wären. In Yokohama seien 23 000 Menschen ums Leben gekommen und 40 000 verletzt; 7000 Häuser seien zerstört. In Tokio und Yokohama seien zusammen 150 Europäer und Amerikaner ums Leben gekommen. Der telegraphische Verkehr in Japan funktioniert jetzt wieder dröhlos und zwei großen Funktionen nach den Vereinigten Staaten und über das Kabel von Kogafaki.

Die japanische Botschaft in Paris teilt auf Grund von Depeschen aus Tokio mit, daß die Ordnung in Tokio und Yokohama wieder hergestellt und die Verteilung von Lebensmitteln organisiert sei. Entgegen den in der Presse veröffentlichten Nachrichten hat die Bank von Japan nicht gelitten. Die Fabriken und verschiedene Industrieunternehmungen werden ihre Tätigkeit in Osaka und Kobe wieder aufnehmen.

Nach einer Hausmeldung aus Tokio erklärte der Außenminister und der Handelsminister, daß die Reiserücklagen von Tokio und Yokohama für 2 1/2 Monate sichergestellt sind.

Die Banken haben die Kapitalerhebung gebeten, ihnen 1800 Millionen Yen zu leihen, um die Finanzlage zu stabilisieren. Der offizielle Markt hat sich schnell erholt. Ein großer Teil der Banken hat die Kassen wieder geöffnet.

Mißtöne aus Bayern

Behauerlicherweise machte sich in Bayern eine wachsende Opposition gegen die Reichsregierung bemerkbar, wobei die Kritik meist über das Ziel hinausging. Anlässlich einer Versammlung des oberbayerischen Christlichen Bauernvereins, die gegen die neuen Energiepreise in scharfer Form Stellung nahm, machte der Bankrott Dr. Schiltenschanz politische Ausführungen, in denen er als Bürger des überaus schnell schmelzenden Übergangs die absolute Wehrlosigkeit des deutschen Volkes bezeichnete. Des Schandblatts sei aber, daß Deutsche bewußt mitgehört hätten, den Zustand der Wehrlosigkeit herbeizuführen. Bezüglich der zukünftigen Lage äußerte sich Redner dahin, daß nach einem Sturz des Kabinetts Stresemann wahrscheinlich eine Wiederherstellung der Linken kommen würde. Wenn dann auch diese Regierung gestürzt sein würde, komme der große geschichtliche Augenblick für die bayerische Regierung, für den Völkern und das Volk Bayerns.

Wie der Politik des Reichs beschäftigt sich auch die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz. Nach ihr ist Stresemann entweder ein Missionist, was sie nicht glauben wollen, oder aber er halte es für ein zweckmäßiges außenpolitisches Mittel, Missionen im Sinne zu verbreiten, was sie für ein großes Unglück halte. Im Anschluß an eine Mitteilung der Königsberger Horungzeitung, wonach in Form eines Vier-Männer-Kongresses eine Reichsdelegation einberufen werden soll (Stresemann, Hilferding, Hirth und Wirth) erklärt die Augsburgische Volkzeitung, daß Bayern mit der Einsetzung einer Diktatur vor eine ganz neue und überaus ernste Situation gestellt werde und ein Staatsstreich im Norden eine Lage schaffen würde, die auch in Bayern die Ereignisse außerordentlicher Maßnahmen notwendig machen müßte.

Ganz abgesehen, daß eine solche Viermännerkongresssetzung ohne einen Vertreter der Demokraten an sich schon unannehmlich ist, wäre eine solche Lösung doch noch lange kein Anlaß aus dem Reich auszuschließen. Das Spiel mit dem Feuer kann einmal gefährlich ausarten!

Die Erfassung der Ausfuhrdevisen

Berlin, 13. Sept. (Von unsem. Berl. Büro.) Wie die „Agroch“-Korrespondenz erfährt, hat der Reichswirtschaftsminister v. Raumer dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung aufgrund des Reichsgesetzes gegeben lassen, die den Zweck verfolgt, die Ausfuhrdevisen völlig und scharf als das bisher möglich war für die Zwecke des Reichs verfügbar zu machen, insbesondere auch, soweit es sich um ausfuhrfähige Ware handelt.

Der deutsch-österreichische Abg. v. Grafen-Goldbeck hat an den Präsidenten Röhre ein Schreiben gerichtet, in dem er scharfe Entschiedenheit des Reichstags fordert. Er bezieht die Reichsmöglichkeit der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen über die Devisenerfassung, da es sich um eine wirtschaftliche Maßnahme und nicht um die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit handle.

Die Gebührenerhöhung der Post

Der Brief 250 000 Mk., die Postkarte 100 000 Mk. Wie amtlich mitgeteilt wird, steht sich die Post zu einer neuen Gebührenerhöhung veranlaßt. Sie tritt für den Telegramm- und Fernsprecherkehr am 16. Sept. für den Post- und Postfachverkehr an. 10. Sept. in Kraft. Danach beträgt die Gebühr für den einfachen Fernbrief 250 000, die Fernpostkarte 100 000, für die Druckfabe der ersten Gewichtsstufe 50 000 Mk., die Grundgebühr für gewöhnliche Telegramme 400 000 und die Wortgebühr 200 000 Mk. Ein Ortsgespräch kostet 250 000 Mk.

schärfste Bedeutung, die ihre äußere Anerkennung in der Verteilung des Nobelpreises für Medizin 1910 und der Ernennung zum Ehren doktor zahlreicher auswärtiger Universitäten fand, liegt im Gebiet der Einzelforschung. Grundlegend hat er über die chemische Natur des Zellkerns, zumal die Kollagenproteine, gearbeitet. Dann ist es ihm in scharfer, fleißiger Arbeit gelungen, den Aufbau der Protamine und Histone, der einfachsten Eiweißkörper, aufzuklären. Seine zahlreichen, durch Knappheit der Darstellung ausgezeichneten Arbeiten sind in der von ihm redigierten „Hoppe-Seyler'schen Zeitschrift für physiologische Chemie“ erschienen. Wie er als Lehrer und Forscher hoch verehrt ist, ist der liebe alte Koffel bei keinem zahlreichen Schüler und allen, die je mit ihm zu tun gehabt haben, ungemessen beliebt, wegen seines vornehmen, gütigen und lebenswürdigen Wesens, das mit einer fast übertriebenen Bescheidenheit gepaart ist. Wenn wir auch alle mit Gebelmut Koffel herzlich bedauern, daß er von seinem so sehr geliebten Lehramt zurücktreten muß, so freuen wir uns auch wieder, daß er jetzt als Direktor des Instituts für Einzelforschung (Behringer-Stiftung) seine ganze Kraft der wissenschaftlichen Arbeit widmen kann und wir hoffen, daß ihm noch recht, recht viele Jahre glücklicher, erfolgreicher Tätigkeit beschieden sein mögen!

Dr. Daniel Burdhardt Professor in Basel, einer der ordentlichsten unter den Erforschern der altheinischen Kunst vollendet sein 60. Lebensjahr. Der Gelehrte, der seinen alten Baseler Familien entstammend, wie sein berühmter Namensvetter Jacob Burdhardt, hat mit einer Reihe der bedeutendsten Arbeiten die Kenntnis der altheinischen Malerei des 15. und 16. Jahrhunderts wie wenige bereichert. Das gelang zuerst 1882 als Burdhardt eine Studie über Dürers Baseler Aufenthalt, 400 Jahre nach diesem Aufenthalt veröffentlichte konnte, auf Grund einer Entdeckung, die die allgemeine Verwirrung von Dürers Jugendkunst ganz umgekehrt hat. Als damals der Kontakt mit ihrem Besizer für Burdhardt zurückblieb, hat bereits Burdhardt dem Baseler Gelehrten überlassen, daß die verdiente Zustimmung auf die Dauer nicht ausbleiben werde. Heute sind nach Burdhardts Untersuchungen, die er später noch ausgebaut hat, die meisten Dürer-Kenner der Überzeugung, daß der junge Künstler in den Holzschneidwerkstätten von Basel auf der Gellensackerstraße eingetreten ist und dort an der bedeutendsten Illustrationsgruppe seiner Zeit mitgearbeitet hat, deren Hauptstück die berühmten Blätter in Sebastian Brants Narrenschiff sind. Eine nicht minder folgenschwere Entdeckung konnte Burdhardt für die frühe Malerei des 15. Jahrhunderts veröffentlichen, 1901 im Baseler Festbuch. Es gelang ihm, eine damals in der oberbayerischen Gegend und auch beim Baseler Konzil führende Malerpersonalliste aus dem Dunkel der Vergessenheit zu heben, den Konrad Witz aus Kollweil. Seine Bekanntheit als Professor der Kunstgeschichte an der Universität seiner Vaterstadt, seine publizistische Arbeit als Herausgeber des „Christlichen Volkskalenders von Basel“ haben den Gelehrten, einen echten Schweizer von oben bis unten, auch über die Gellensackerstraße hinaus gemacht.

